

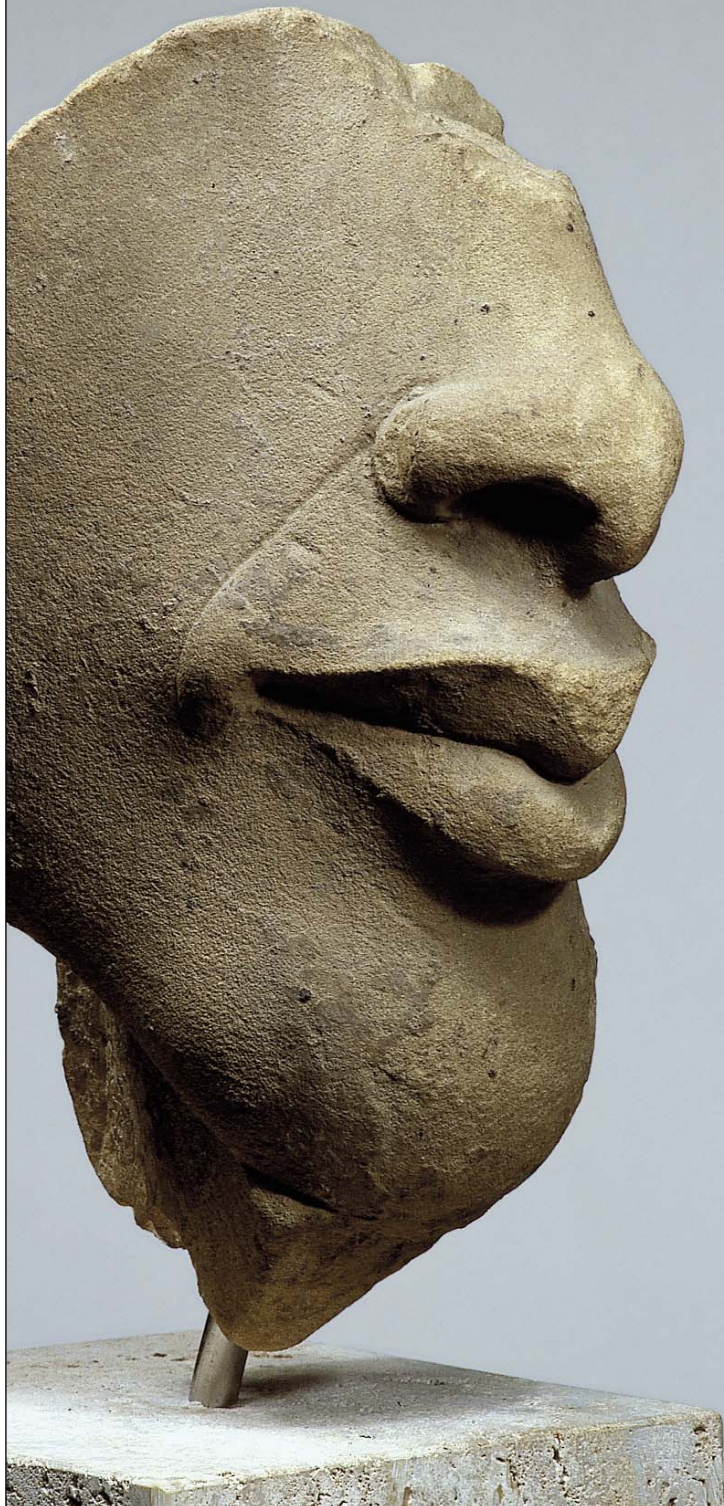
MAV-Mitteilungen



MAV Münchener AnwaltVerein e.V. | Mitglied im Deutschen AnwaltVerein

April 2011

München: Staatliches Museum Ägyptischer Kunst



Fragment einer Kolossalstatue des Amenophis IV. (Echnaton); Sandstein, Aton-Tempel, Karnak, Neues Reich, 18. Dynastie, um 1350 v. Chr., ÄS 6290

In diesem Heft

MAV Intern

Editorial	2
Das Wichtigste vom Verein in aller Kürze	2
Vom Schreibtisch der Vorsitzenden	3
Veranstaltungshinweis des BAV	
7. Münchener Erbrechts- und Dt. Nachlassgerichtstag	4
Neues vom Münchener Modell	6
MAV-Service	8
Die Kanzlei als Ausbilder:	
Termine zur Prüfungsvorbereitung für RA-Fachangestellte ..	8

Aktuelles

Gebührenrecht von Dipl. Rpfliin Karin Scheungrab	8
Gebührenrecht von RA Norbert Schneider	10

Nachrichten | Beiträge

Interessante Entscheidungen	12
Aus dem Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ..	13
Personalia	13
Leserbrief	14
Kuriosa	14
Nützliches und Hilfreiches	16
Neues vom DAV	17

Buchbesprechungen

Kloepfer: Verfassungsrecht II - Grundrechte	20
Impressum	22

Kultur | Rechtskultur

München: Jenseits des Nils	23
Kulturprogramm	24

Angebot | Nachfrage

Stellenangebote und mehr	26
--------------------------------	----



Editorial

Letztbegründungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2 |

am 14.03.2011 konnte man in der Erklärung der Bundesregierung (<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-14-bkin-lage-japan-atomkraftwerke.layoutVariant=Druckansicht.html>) neben Aussagen zur Situation in Japan und zur Atompolitik Grundlegendes zu einer neuen politischen Letztbegründung hören, die abstrahiert vom Thema wie folgt klingt:

Dennoch: Es war und es ist kein leeres Wort, wenn ich sage: Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und die bisherige Wahrnehmung eines Sachverhaltes zum Maßstab auch des künftigen Handelns machen, ohne dass wir infolge der jüngsten Ereignisse einmal innehalten. Denn die jüngsten Ereignisse lehren uns, dass etwas, was nach allen wissenschaftlichen Maßstäben für unmöglich gehalten wurde, doch möglich werden könnte. Sie lehren uns, dass Risiken, die für absolut unwahrscheinlich gehalten wurden, doch nicht vollends unwahrscheinlich sind. ... Das verändert die Lage; dann haben wir eine neue Lage. Diese Lage muss vorbehaltlos, rückhaltlos und umfassend analysiert werden. Erst danach folgen Entscheidungen.

Es geht mir nicht um den Anlass und die Inhalte der Regierungserklärung und es geht nicht um die Parteizugehörigkeit. Es geht um die Frage, wie Politiker aller (!) Parteien mit kontroversen Themen umgehen. Denn kurz gesagt handelt es sich um folgende Maxime: *Ich erwäge (abweichende) Argumente nur dann, wenn deren Richtigkeit durch die Realität bestätigt wurde. Dann entsteht eine neue Lage, aufgrund der ich richtig entscheiden werde. Im Übrigen ist meine Meinung alternativlos.*

Mangelnde Vorstellungskraft als politische Letztbegründung. Haben wir unsere Politiker tatsächlich durch Wahlen zu dieser Form der Problembehandlung legitimiert? Können wir noch von einem politischen „Mandat“ sprechen?

Hat sich die damalige Bundesjustizministerin tatsächlich nicht vorstellen können, wie sich § 522 ZPO n.F. auf die Rechtsprechung auswirken wird? Hat sich der damalige Bundeskanzler tatsächlich nicht vorstellen können, wie sich die Hartz IV Reform auf das soziale Gefüge in Deutschland auswirkt?

Kann man sich tatsächlich nicht vorstellen,

- wozu ein bewaffneter Einsatz der Bundeswehr im Innern und die Zusammenlegung der Sicherheitsdienste führen?
- wie sich die verstärkte Demontage der Justiz auf unseren Rechtsstaat auswirkt?
- wie sich die ständige Erschwerung ihrer Arbeitsbedingungen auf die deutsche Anwaltschaft auswirkt?

Liegt immer dann, wenn sich Warnungen realisieren, eine neue Lage vor? Und wie viel Vorstellungskraft hat eigentlich der Politiker Ihres Vertrauens?

Ihr

Michael Dudek
Geschäftsführer

Meine Termine ...

Das war das Wichtigste, in aller Kürze

Dienstag, 22.02.

Amtseinführung des Vizepräsidenten am VGH, Dr. Erwin Allesch

Verwaltungsrecht von hoher Qualität wird in Bayern nicht nur in München gemacht. Diesen Hinweis gab der neue Vizepräsident des VGH bei der Amtseinführung und er bewies das mit seiner eigenen Vita. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften wurde er 1977 Richter beim Verwaltungsgericht Regensburg und arbeitete anschließend beim Landratsamt Freyung-Grafenau, während der er bei Prof. Dr. Ferdinand Kopp an der Universität Passau promovierte. 1987 erhielt er einen Lehrauftrag der Universität Passau. Die weiteren richterlichen Stationen: 1990 Richter am Verwaltungsgericht München, 1993 Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, gleichzeitig Abordnung für drei Jahre an das Bundesverfassungsgericht als wissenschaftlicher Mitarbeiter, 1996 zunächst Richter und seit 2003 Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und seit 1999 zudem Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Am 8. Dezember 2010 wurde Herr

Dr. Allesch zum Vizepräsidenten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs ernannt. Ich wünsche der neuen Führung des VGH mit Herrn Präsidenten Kersten und Herrn Vizepräsidenten Dr. Allesch viel Erfolg und freue mich auf die Zusammenarbeit.

Freitag, 04.03.

Vorbereitung Segelregatta des MAV

Langsam nimmt unsere Segelregatta im Juli konkrete Gestalt an. Bei einem weiteren Vorbereitungstreffen hatte Frau Kollegin Zademack viele weitere Ideen für das Gelingen unseres Segelevents. Wenn das Wetter mitspielt, kann es die perfekte Mischung aus Sport und Vergnügen werden. Übrigens: die ersten Anmeldungen sind schon da.

Montag, 16.03.

Bayerischer Verbrauchertag

Die Positionen sind seit langer Zeit unverändert. Die Verbraucherministerien sind für eine größere Transparenz im Warenangebot, die Verbände der Wirtschaft wollen den mündigen Verbraucher vor einer Datenflut schützen. Wie viel Produktbeschreibung ist nötig, wie viel noch nachvollziehbar? Die unterschiedlichen Positionen waren auch bei diesem Verbrauchertag nicht unter einen Hut zu bringen.

Vielleicht sollte man einmal vom Verbraucher aus denken. Wer Milch kauft, erwartet ein Produkt, das von einer Kuh stammt. Diese Kuh hat Gras gefressen, das auf einer naturbelassenen Weide gewachsen ist – so die Erwartung des Marktes. Abweichungen von dieser Erwartung wären auf der Packung kenntlich zu machen, und zwar mit der Bezeichnung „Synthetische Milch“ oder „Teilsynthetische Milch“, je nach Schwere der Eingriffe. So kann der Verbraucher selbst entscheiden, ob er Milch oder Chemie zu sich nehmen will. Das gilt in gleicher Weise für Pizza, Obst, alle anderen Lebensmittel. Die Reaktion des Marktes ist abzusehen, die Diskussion um Gütesiegel, Bio-Standards und unverständliche Zutatenlisten wäre Vergangenheit.



Vom Schreibtisch der Vorsitzenden

Mal zum Grundsätzlichen

Zur (späten) offiziellen Feier der Amtseinführung von Sozialgerichtspräsident Kolbe in der Residenz München Ende Februar erschien einige Tage darauf ein Bericht in der Süddeutschen Zeitung, der auf einem Interview mit ihm basiert. Beim Lesen saß ich im Zug nach oder von Hamburg, wo ich die Jubiläumstagung der Arbeitsgemeinschaft Arbeitsrecht besuchte. Weil der Beitrag so klare Aussagen über die Wichtigkeit sozialer Gerechtigkeit und die Bedeutung von Sozialrecht und Sozialgerichtsbarkeit enthielt, habe ich ihn sofort als Gedächtnisstütze ausgerissen, um diesen „*Schreibtisch*“ mit Auszügen und Zitaten einzuleiten. Ohne eine Gedächtnisstütze verfliegt ja oft die Erinnerung oder ist zumindestens zum richtigen Zeitpunkt nicht mehr aktuell parat. Dann zersetzen sich die wichtigen Eindrücke und Erfahrungen, die man gemacht hatte nur noch zum Nährboden eigener Überzeugungen und Haltungen, und tragen keine weiteren Früchte. Bis zum vorletzten Satzzeichen war ich heute morgen beim Schreiben dieser Zeilen der festen Überzeugung, den Ausriss vor Verwendung verlegt oder versehentlich entsorgt zu haben, doch ich war zu früh betrübt: Heureka, er war noch immer im Seitenfach der Handtasche (ein weiterer Beweis, dass die Handtasche einer Frau viel verbergen kann). Aus dem völlig zerknitterten Papier schnell die Zitate: »Der verheiratete Vater von drei Kindern verweist auf die Verfassung – nicht der Bundesrepublik, sondern der Schweiz: „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ lautet für ihn der Kernsatz und er räsoniert: „Wer fordert schon den starken Staat, wenn es um die Durchsetzung sozialer Rechte geht?“ Staatliches Handeln im Sozialbereich dürfe nicht vom „**Paternoster-Prinzip**“ abgelöst werden – „Umlaufkabinen bringen nur Gewandte und Leistungsfähige voran, Behinderte und Kranke bleiben auf der Strecke. Zu verhindern, nicht mitgenommen zu werden, ist Aufgabe der Sozialgerichte“, sagt Kolbe.« **Und weiter im Artikel** hinten folgt: » ... deshalb kann er richtig ärgerlich werden, wenn er an die Juristenausbildung denkt: „Man kann Volljurist werden und fast keine Ahnung vom Sozialrecht haben, obwohl es in alle Lebensbereiche hineinwirkt. ... Von Themen der Existenznot sollten alle Juristen zumindestens eine Ahnung haben“.«

Recht hat Präsident Kolbe – auch meine Ahnung im Sozialrecht erreicht in weiten Teilen nicht einmal das Niveau der „Parallelwertung in der Laiensphäre“. Ich finde das schlimm, fühle mich ertappt und motiviert zugleich. Aber der trotz der mir bekannten meist entsetzlich langen Verfahrensdauer beim Sozialgericht (aber wie sollen 55 Richter in Voll- und Teilzeit bei ca. 15.000 Neueingängen – Zahl des Jahres 2010 – diese verkürzen? – Hier ist die Politik gefragt und ihr Wille, die Justiz auch quantitativ besser auszustatten und bessere Gesetze zu machen. An übertriebener Klagefreude der Bürger liegt es im allgemeinen nicht - rund 50 Gesetzesänderungen bei Hartz IV gab es in sechs Jahren, entnehme ich als Information dem Artikel. **Wenn Gesetze ihrer Funktion, für Klarheit und Rechtssicherheit zu sorgen**, nicht gerecht werden, werden Klagen unvermeidlich erzeugt). Nach der langen Klammer besser noch einmal den Faden frisch aufgenommen: Also trotz der aktuellen langen Verfahrensdauer habe ich, was die qualitativen Aspekte und die Motivation der Handelnden in der Sozialgerichtsbarkeit betrifft, ein gutes Grundgefühl – keine Angst, in guten Gefühlen wird nicht gebadet, sondern sie sollen Grundlage verbesserten Handelns und kritischen Begleitens der weiteren Entwicklung sein.

Weg vom Sozialrecht, aber zurück zur Aufmerksamkeitsspanne des modernen Menschen. Dass das Vorstellungsvermögen – insbesondere bei Politikern – oft merkwürdige Ausfälle aufweist, hat Herr Kollege Dudek in der Kolumne des Geschäftsführers weiter vorne im Heft schon meisterlich thematisiert. Ich bemerke beim Thema Japan – und das verstört mich – wie man in der Aufmerksamkeit

nachlässt, wenn eine Katastrophe nicht so, wie es sich gehört, als Katastrophe aufhört und in die Aufräumphase übergeht, sondern einfach weiterläuft. Der Kopf will irgendwie zur Normalität zurück, will neue und andere Nachrichten, will abgelenkt werden und vergessen. Die Evolution hat diesen Reflex, der wichtige Schutz- und Überlebensfunktion hat, nicht ohne Grund entwickelt – aber manchmal wird dieser Reflex gefährlich und schädlich, man muss ihn also reflektieren und gegebenenfalls bekämpfen. Apfelbäumchen kann und sollte man – so verstehe ich jedenfalls das bekannte Luther-Zitat – auch ohne Verdrängung der Gefahren des Lebens, vielmehr in deren vollem Bewusstsein pflanzen.

In den Wochen seit dem letzten Redaktionsschluss war also wieder einmal die Welt keine heile – trotzdem ist es wunderbar, wie es allmählich wieder bunter in der Natur wird. Im wachsenden Gras könnte sich vielleicht auch die **Schlange Eva** unauffällig davonmachen, die dem Kollegen Lehmann (vgl. „**Neues vom Münchner Modell**“ in diesem Heft) im Umfeld meines Januar-Schreibtischs begegnet ist und ein Missverständnis ausgelöst hat. Zur hoffentlich endgültigen **Klarstellung**: Ich bin zwar selbst keine Mediatorin, nur langjähriges, passives Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Mediation. Ich bin aber absolut überzeugt davon, dass Mediation ein **wichtiger** und richtiger Baustein im Konfliktbeilegungsrepertoire einer modernen Gesellschaft ist. Auch wenn ich manchmal über einen gewissen Temperamentsüberschuss verfüge, liegt es mir fern, gefährliche Tiere – und sei es nur auf dem Papier – auf Menschen zu hetzen, über die ich mich ärgere. Ich dachte eher an eine Stechmücke, allenfalls an einen Wadlbeiser (ca. Mopsgröße), und dass ich mir gewünscht hätte, das Tier hätte gar nicht zugebissen, sollte sich aus dem Text erschließen. Mich hat wirklich nur die Art und Weise erregt, wie die Öffentlichkeit durch den Artikel von Prantl (des-)informiert wird. Die dortige Art der Darstellung schafft mit der Verstärkung der in vielen Köpfen vorhandenen Klischees (Gerichte seien teuer und bedeuteten nur Säbelrasseln und Streit) ein geistiges Klima, in dem man erleichtert notwendige Investitionen für eine funktionierende Justiz unterlassen kann. Ich wünsche mir eine qualitativ und quantitativ gut aufgestellte, streitige Justiz und ein quantitativ ausgebautes und weiterhin qualitativ hochwertiges Mediationsangebot als weiteren Teil (zweiter Baustein) des Spektrums der Konfliktlösung. Damit es dazu kommt, muss man dem Bürger klarmachen, dass auch die streitige **Justiz nicht das Problem ist, sondern ein Teil der Lösung**. Und dass Lösungen Geld kosten und Geld wert sind, ist eine Erkenntnis, die auch der Mediation zugute kommt – gute, richtige, wirkliche Mediation ist nämlich bekanntlich auch nicht zum Nulltarif zu machen. Alle Missverständnisse geklärt?

Dann können wir ja alle bis zum Wiederlesen uns ans Pflanzen und Veredeln der Apfelbäumchen machen und versuchen, unsere Arbeit (und ein bisschen mehr) möglichst gut zu machen.

Bis zum Wiederlesen

Petra Heinicke
1. Vorsitzende

1. PS: Bereits gut gemacht haben es wieder die Autoren und Einsender für dieses Heft, daher von dieser Stelle wieder einmal Dank und Anerkennung – die Rubrik Kuriosa sollten Sie nicht verpassen, ich sage nur, mein Familienstand ist auch über 50 ...

2. PS: Auch der Blick nach Ägypten mit Martin Stadler bringt Lebensfreude und manches wieder in die richtige Relation und ins Lot.

3. PS: Manchmal geht es eben doch nicht ohne PS.

Bei mehreren Teilnehmern:
bitte getrennte Anmeldungen!

MAV GmbH
Herrn Dr. Martin Stadler
Amerikahaus, Zi. 207
Karolinenplatz 3
80333 München

Kanzlei / Firma _____

Name/Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Fax: _____

eMail: _____

Ich bin Mitglied des DAV ja nein

Rechnung an mich die Kanzlei

MAV IV/2011

4 |

Ich melde mich unter Anerkennung Ihrer Teilnahmebedingungen (s.u.) an:

7. Münchner Erbrechts- und Nachlassgerichtstag | 08. Juli 2011: 9:00 bis 18:30 Uhr
für DAV-Mitglieder: € 350,- zzgl. MwSt (= € 416,50) für Nichtmitglieder: € 450,- zzgl. MwSt (= € 535,50)

Teilnahmebedingungen

Anmeldungen werden mit Eingang der schriftlichen Anmeldung verbindlich. Die Plätze bei allen Tagungen sind begrenzt. Es gilt die Reihenfolge der Anmeldungen.

Die Übertragung der Teilnahmeberechtigung ist möglich, sofern uns Name und Anschrift des Ersatzteilnehmers umgehend mitgeteilt werden. Macht der Anmelder von seinem Übertragungsrecht keinen Gebrauch, ist die Teilnahmegebühr auch dann zu zahlen, wenn der Anmelder seine Anmeldung zurückzieht oder an der Tagung nicht teilnimmt.

Bei Absagen länger als zwei Wochen vor Veranstaltungsbeginn wird dem Anmelder lediglich eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 50,- zzgl. MwSt. (= € 59,50) in Rechnung gestellt.

Änderungen: Wird die Tagung kurzfristig abgesagt, verschoben oder in einen anderen Veranstaltungsraum verlegt, sind Ansprüche daraus ausgeschlossen.

Fragen, Wünsche

Dr. Martin Stadler

Telefon 089. 552 633-97 | **Fax** 089. 552 633-98 | **eMail** info@mav-service.de

Datum | Unterschrift _____

7. Münchner Erbrechts- und Deutscher Nachlassgerichtstag 2011

Veranstaltet vom
Bayerischen Anwaltverband und dem Deutschen Nachlassgerichtstag e.V.

Freitag, 08. Juli 2011: 9:00 bis 18:30 Uhr – München

Bescheinigung nach § 15 FAO für FA Erb*

Leitung: RA FA Erb FAFam Dr. Michael Bonefeld und RA FA Arb Michael Dudek

09:00 bis 09:30 Uhr | Begrüßung

durch die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (angefragt) sowie durch RA Michael Dudek, Präsident des Bayerischen Anwaltverbandes

09:30 bis 10:15 Uhr | Regierungsdirektor Heiko Wagner, Bundesministerium der Justiz, Berlin

Neue Entwicklungen beim nachlassgerichtlichen Verfahren

anschließend Diskussion

10:15 bis 11:00 Uhr | Dir. AG Dr. Ludwig Kroiß, AG Traunstein

Die geplanten Änderungen im IPR und die Auswirkungen auf das Erbrecht

anschließend Diskussion

11:00 bis 11:30 Uhr: Kaffeepause

11:30 bis 12:45 Uhr | Notar Dr. Jörg Mayer, Simbach

Inhaltskontrolle von letztwilligen Verfügungen

anschließend Diskussion

12:45 bis 13:45 Uhr: Mittagspause

13:45 bis 15:30 Uhr | RiBGH Roland Wendt (IV. Zivilsenat des BGH), Karlsruhe

Ist das Erbrecht für alle da? Zur Gleichbehandlung von Behinderten und Nichtbehinderten bei letztwilligen Zuwendungen

anschließend Diskussion

15:30 bis 16:30 Uhr | Prof. Dr. Walter Zimmermann, Passau

Besonderheiten des nachlassgerichtlichen Verfahrens

anschließend Diskussion

16:30 bis 17:00 Uhr: Kaffeepause

17:00 bis 18:00 Uhr | RA Dr. Hans Wolfsteiner, Notar a.D., Ehrenpräsident des Dt. Notarvereins, München

Die Vermittlung der Auseinandersetzung nach § 363ff. FamFG als Alternative zum Mediationsverfahren

anschließend Diskussion

18:00 bis 18:30 Uhr | RA FA Erb R FAFam R Dr. Michael Bonefeld, München

Abschlussbericht und Verabschiedung

Tagungsort: Akademischer Gesangverein
Ledererstraße 5 (Ecke Sparkassenstraße), 80331 München

Teilnahmegebühr

– für DAV-Mitglieder: € 350,- zzgl. MwSt (= € 416,50)
– für Nichtmitglieder: € 450,- zzgl. MwSt (= € 535,50)

*Bei Teilnahme an allen Programmpunkten werden mind.
7 Fortbildungsstunden bestätigt.



Bayerischer Anwaltverband

→ **Anmeldung siehe linke Seite**

